

Ein Plädoyer für eine von Wertschätzung, Respekt und dem Glauben an die Fähigkeiten und Fertigkeiten sozial benachteiligter Menschen gekennzeichnete Begegnung und Kommunikation

REGELSATZ OHNE GESUNDHEITSLAISTUNGEN

Die derzeitige Gesundheitsversorgung von zahlreichen Bevölkerungsgruppen ist absolut unzureichend. Zahnbehandlungen, notwendige Brillenanschaffungen, Hörgerätezusatzmaterialien (Hörgerätebatterien), physikalische Maßnahmen usw. sind für von Armut betroffene Menschen nicht finanzierbar! Das notwendige Geld kann von 364 € nicht angespart werden. Diese - zum Leben bzw. zur gesellschaftlichen Teilhabe unbedingt notwendigen - Hilfsmittel bzw. medizinischen Maßnahmen müssen bei der Regelsatzberechnung des Arbeitslosengeld II berücksichtigt werden. **Ministerin von der Leyen lügt**, wenn sie behauptet dass bei der Neuberechnung die **Praxisgebühr** eingerechnet sei. Der Gesundheitssatz innerhalb der Regelsatzberechnung wird um 2,27 € erhöht, dies entspricht in 3 Monaten einer Erhöhung von 6,81€. Die Praxisgebühr beträgt allerdings 10 €. Die Regelsatzerhöhung ermöglicht somit nicht die Teilnahme am Gesundheitsversorgungssystem, da hiervon die Praxisgebühr nicht bezahlt werden kann. Zusätzliche Medikamentenkosten bzw. Rezeptgebühren und Medikamentenzuzahlungen werden ebenfalls nicht berücksichtigt. Des Weiteren ist der Besuch des Zahnarztes, mit ebenfalls anfallenden 10 € Praxisgebühr, nicht berücksichtigt. Die neuen Zusatzbeiträge reduzieren jetzt zusätzlich den Regelsatz. Die **Bundesregierung hebt** still und heimlich die **Sozialklausel aus** (-für 2011 werden Zusatzbeiträge in Höhe von 0€ anerkannt-)

Äußerungen namhafter Politiker wie Westerwelle, Sarrazin, von der Leyen sind immer wieder von Schuldzuweisungen, Entmündigungen und Diffamierungen geprägt. Man bevormundet, so zu sagen, von höchster Stelle, z.B. dem Ministerium für Arbeit und Soziales (Frau Ministerin von der Leyen). So wird den Eltern sozial benachteiligter Kinder pauschal eine kindgerechte, deren Interessen und Bedürfnisse berücksichtigende eigenverantwortliche Erziehung, quasi abgesprochen. Man muss Gutscheine ausgeben, damit das Geld für Sport-, Musik-, Nachhilfeunterricht nicht versoffen und verzockt wird. Woher stammt diese Erkenntnis? Auf welchen wissenschaftlichen Studien beruht diese Ansicht? Ich kenne keine derartigen Expertisen und Untersuchungen die ein solches Fazit zuließen.

Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009) veröffentlichten im Jahre 2009 die wissenschaftliche Expertise „The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better“, ins Deutsche, nicht ganz sinngemäß übersetzt: „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.“ Darin belegen die Autoren, anhand zahlreicher fundierter wissenschaftlicher Analysen, dass mit zunehmender Ungleichverteilung der vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen, bei Armen, wie interessanterweise auch bei Reichen, die Problemkonstellationen ansteigen. Physische sowie psychische und soziale Probleme und im weitesten Sinne Störungen, nehmen zu, wie Stress, Depressionen, Gewalt, Konkurrenz, soziale Verwahrlosung, die Lebenserwartung fällt geringer aus als in weniger ungleichen Gesellschaften, Teenagerschwangerschaften kommen häufiger vor, das Wettrüsten der Statussymbole nimmt zu. Mehr Gleichheit hingegen fördert das gegenseitige Vertrauen, mit der Folge, dass die Menschen

ieder: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Pfalz•Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Rheinland•Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. •Caritasverband für die Diözese Limburg e.V. •Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. •Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. •Caritasverband für die Diözese Trier e.V. •Der Paritätische Landesverband Saarland/Rheinland-Pfalz•Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz•Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. •Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Rheinland-Pfalz•Diakonisches Werk der Pfalz•Diakonisches Werk in Hessen und Nassau akonkie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. •Die Tafeln Landesvertretung Rheinland-Pfalz•Diözesancaritasverband für das Erzbistum Köln e.V. •Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz•Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz•Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz•KAB Diözesanverband Mainz•KAB Diözesanverband Trier•LAG Soziales und Hartz IV Rheinland-Pfalz•Landeserwerbslosenkonferenz Rheinland-Pfalz•Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

rkreis: Detlef Baum (Institut für Sozialpädagogische Forschung)•Andreas Geiger (Landeserwerbslosenkonferenz RLP)•Franz Segbers (Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.)•Gerhard Trabert (Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.)•Gabriele Weber (Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz)

Sprecher: Franz Segbers•Gerhard Trabert

Geschäftsstelle: Landesarmutskonferenz RLP•c/o LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz•Bauerngasse 7•55116 Mainz
Fon:+49-6131-224608•Fax:+49-6131-229724•EMail:info@liga-rlp.de

glücklicher sind, und damit in allen gesellschaftlichen Klassen die Lebenserwartung steigt, Depressionen deutlich geringer festgestellt werden, die Quote von Gewalttaten geringer ausfällt, und vieles mehr. Sinngemäßes Fazit der Autoren, wir benötigen nicht mehr Wachstum, wir benötigen mehr Gleichheit.

In Deutschland nimmt die Ungleichheit in den letzten beiden Jahrzehnten, besonders in den letzten Jahren, deutlich zu. Warum?

Stéphane Hessel, ein 93jähriger, in Berlin geborener französischer Staatsbürger und Mitglied der Résistance, der das Konzentrationslager Buchenwald überlebte und Mitverfasser der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen (1948) ist, hat die bemerkenswerte Streitschrift „Empört Euch!“ im Jahre 2010 verfasst. In dieser Streitschrift kritisiert Hessel den Umgang mit armen Menschen in der Mitte Europas. Dies tut er, indem er die gezielte Unterdrückung, den Verlust an Menschenrechten beanstandet und die Macht des Finanzkapitalismus anprangert. Er schließt mit den Worten: „Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.“

Wir sollten uns alle empören, wie mit sozial benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft umgegangen wird!

Fangen wir an, uns konstruktiv und konsequent zu empören – in Solidarität mit und Beteiligung von betroffenen Menschen.

Mainz, 25.02.2011

Prof. Dr. Gerhard Trabert

Sprecher der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz (LAK)